

Alle machen mit

Rente mit 67. Quer durch die EU werden die Regelaltersgrenzen an die steigende Lebenserwartung angepasst. Am weitesten geht dabei Irland. Dort soll in gut zehn Jahren sogar die Rente mit 68 Realität werden.

In Deutschland wurde die stufenweise Einführung der Rente mit 67 bereits im Jahr 2007 beschlossen. Kontrovers diskutiert wird über das Vorhaben indes bis heute – vor allem die Gewerkschaften wollen das Rad der Geschichte am liebsten ganz zurückdrehen.

Dabei hat die Umstellung schon begonnen. In diesem Jahr müssen angehende Ruheständler bis zu

einem Alter von 65 Jahren und drei Monaten arbeiten, um ihre Altersrente abschlagfrei zu beziehen. Diese Regelaltersgrenze steigt erst einmal jährlich um einen Monat, ab dem Jahr 2023 dann in Zweimonatschritten, bis ab 2029 die Rente mit 67 vollständig greift.

Die Große Koalition hat jetzt aber den Echternacher Pilgerschritt getan – zwei Schritte vor, einen zurück.

Langjährig Versicherte dürfen bereits heute mit 65 Jahren abschlagfrei in Rente gehen, sofern sie 45 Jahre berufstätig waren. Zukünftig soll das mit 63 Jahren möglich sein, während für alle Versicherten mit weniger Beitragszeiten die Altersgrenze angehoben wird.

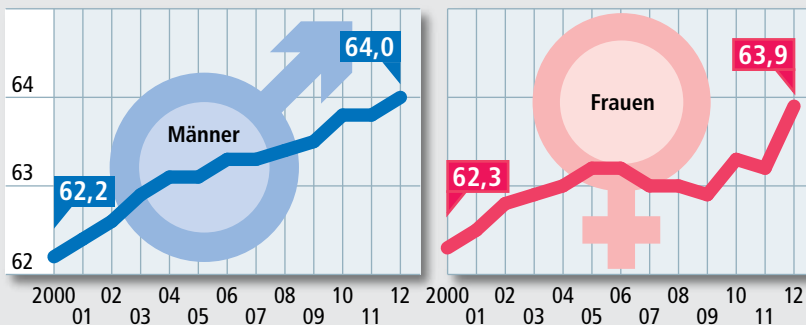
Zwar steigt auch die 63er-Grenze peu à peu mit dem allgemeinen gesetzlichen Ruhestandsalter, der Abstand zwischen Regelaltersgrenze und der Altersgrenze für langjährig Versicherte bleibt aber.

Strittig ist nur noch, ob und in welchem Umfang Zeiten der Arbeitslosigkeit auf die erforderlichen 45 Beitragsjahre angerechnet werden. Davon wird abhängen, wie viele Versicherte demnächst in Versuchung geführt werden, sich vorzeitig aufs Altenteil zurückzuziehen. Sicher ist aber, dass es nicht bei einer kleinen Minderheit bleiben wird (vgl. iwd 7/2014).

Dabei ist allen bewusst, dass eine höhere Altersgrenze eigentlich unverzichtbar ist, wenn der Beitragsatz zur Rentenversicherung →

Arbeitnehmer: Später in Rente

Durchschnittliches Zugangsalter bei Altersrenten in Jahren



Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwd 19

Inhalt

Tariflohnentwicklung. Die Gewerkschaften haben in der Industrie hohe Lohnzuwächse durchgesetzt – auch real ein Plus für die Beschäftigten.
Seite 3

MIST-Staaten. Schwellenländer haben oft Imageprobleme, aber einige sind Wirtschaftsgrößen mit Wachstumspotenzial für Investoren.
Seite 4-5

Bundesbankgewinn. 4,6 Milliarden Euro hat die Bundesbank für 2013 an den Bundesfinanzminister überwiesen – mehr als in den Jahren zuvor.
Seite 6

Karriere. Für Biologen und Co. ist ein Dokortitel Voraussetzung für eine Führungsposition, bei Ingenieuren und Informatikern geht's auch ohne.
Seite 7

Gartenmarkt. Das milde Wetter beschert den Baumärkten und Gartencentern steigende Umsätze. Die kann die Branche auch gut gebrauchen.
Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ nicht über die gesetzlichen Höchstgrenzen von 20 Prozent im Jahr 2020 und 22 Prozent 2030 klettern oder das Versorgungsniveau weiter sinken soll.

Außerdem würde eine neue Frühverrentungswelle nicht nur junge Beitragszahler treffen – sie müssen letztlich die zusätzliche Rentnerschar finanziell unterstützen. Auch den Unternehmen drohen wichtige Leistungsträger wegzubrechen – die Fachkräftelücke wird größer statt kleiner.

Lässt sich die Wende in der Rentenpolitik hierzulande schon kaum begründen, so darf man erst gar nicht auf den Beifall der europäischen Nachbarn hoffen. Denn die meisten Länder reagieren konsequent auf die demografischen Herausforderungen und heben die Altersgrenze an (Grafik links).

Nach 2020 wird die Rente mit 67 bis auf wenige Ausnahmen europaweit Standard.

Allein die Franzosen verweigern sich anscheinend – noch – der Erkenntnis, dass ein „Weiter wie bisher“ nicht zu finanzieren ist.

Dabei ist die Regelaltersgrenze ohnehin nur eine Zielvorgabe, die in der Realität aber selten erreicht wird. Denn oft stehen Arbeitnehmer dem Arbeitsmarkt schon lange vor der Regelaltersgrenze nicht mehr zur Verfügung – weil sie arbeitslos sind oder sich in der Ruhephase der Altersteilzeit befinden.

Nach Berechnungen der OECD werfen demnach Belgier und Franzosen besonders frühzeitig das Handtuch; Männer und Frauen verabschieden sich dort im Schnitt mit 60 aus dem Berufsleben (Grafik rechts). In Deutschland ist, wenn

Sonderregelungen einbezogen werden, meist mit 62 Schluss.

Es gibt aber auch eine gute Nachricht: Lässt man Zeiten der Arbeitslosigkeit, Ruhephasen etc. außen vor, steigt seit 2001 hierzulande das Alter, ab dem die Altersrente erstmals bezogen wird, nahezu durchgängig an (Grafik Seite 1). Dafür gibt es einen recht profanen Grund – Geld. Denn wer früher aussteigt, für den verringert sich seit der Jahrtausendwende der Rentenanspruch um 0,3 Prozentpunkte pro Monat.

Weitere Rechtsänderungen im Zuge der Hartz-Reformen haben den Anreiz, vorzeitig in Rente zu gehen, ebenfalls verringert. Zudem begeben sich viele Silver Workers auch deswegen nicht mehr vor dem 65. Lebensjahr aufs Altenteil, weil sich die Arbeitsmarktlage zu ihren Gunsten gedreht hat.

Rente mit 67: Deutschland in guter Gesellschaft

Altersgrenze für einen abschlagfreien Rentenbezug (Frauen)

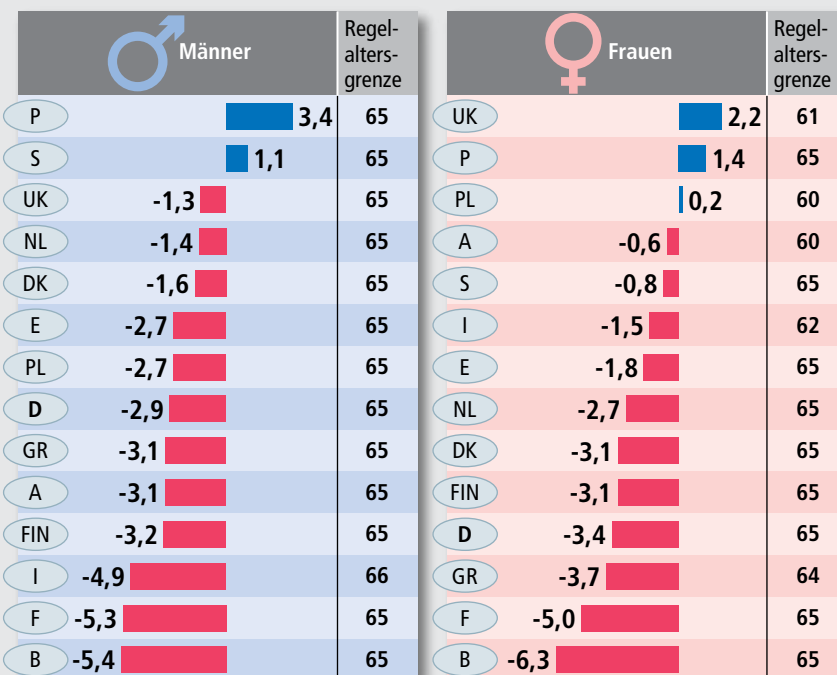
	2009	2020	nach 2020
B	65	65	
DK	65	66	67+
D	65	65,8	67 bis 2029
FIN	63-68	63-68	
F	60	62	
GR	65 (60)	67	67+
IRL	66	66	68 bis 2028
I	65,3 (60,3)	66,9	67+
NL	65	66,7	67+
A	65 (60)	65 (60)	65 bis 2033
PL	65 (60)	67 (62)	67 bis 2040
P	65	65	
S	61-67	61-67	
E	65	66,3	67+
UK	65 (60)	66	67 bis 2028

Stand: 30. April 2013; Frankreich: Mindestalter, variiert mit Kinderzahl; Finnland, Schweden: Leistungsniveau variiert mit Renteneintrittsalter; 67+: Anpassungen in Abhängigkeit von steigender Lebenserwartung
Quelle: Europäische Kommission

Rente: Viele gehen früher

Negative Werte bedeuten, dass die Arbeitnehmer im Durchschnitt so viele Jahre vor Erreichen der Regelaltersgrenze aus dem aktiven Erwerbsleben ausscheiden.

Positive Werte bedeuten, dass sie so viele Jahre über die Regelaltersgrenze hinaus arbeiten.



Stand: 2012; Nach den Berechnungen der OECD ist das Alter des Ausscheidens aus dem aktiven Erwerbsleben nicht gleichzusetzen mit dem ersten Rentenbezug, dazwischen können zum Beispiel Zeiten der Arbeitslosigkeit oder Ruhephasen der Altersteilzeit liegen; Ursprungsdaten: OECD

Nichts zu meckern

Tariflohnentwicklung. Die Gewerkschaften haben in den vergangenen Jahren vor allem in der Industrie so hohe Lohnzuwächse durchgesetzt, dass bei den Beschäftigten auch real ein deutliches Plus angekommen ist.

Die deutsche Lohnpolitik steht oft im Kreuzfeuer der Kritik. Erst waren die Tarifabschlüsse für die schwache Binnennachfrage verantwortlich, dann trugen sie die Schuld an den außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten in der Eurozone.

Ein Blick auf die Lohnentwicklung zwischen 2000 und 2013 zeigt indes ein differenziertes Bild. Demnach sind die Tariflöhne seit 2000 über alle Branchen im Durchschnitt um 27 Prozent gestiegen (Grafik).

Die tatsächlich gezahlten Bruttoverdienste – also die Löhne einschließlich übertariflicher Zulagen – wuchsen dabei fast im Gleichschritt mit den Tarifverdiensten: um 28 Prozent.

Auch nach Abzug der Preissteigerungen bleibt den Beschäftigten heute mehr in der Tasche als noch im Jahr 2000. Denn die Löhne haben seither um 5 Prozentpunkte stärker zugelegt als die Verbraucherpreise.

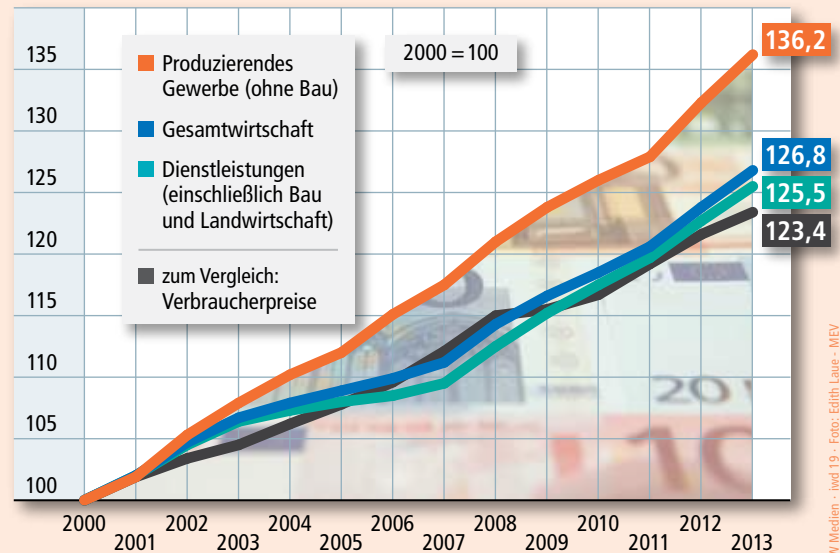
Schlüsselt man die Verdienste nach Industrie und Dienstleistungen auf, zeigt sich ein bemerkenswerter Unterschied. Dort, wo die Unternehmen viele Geschäfte mit dem Ausland abwickeln, war die Lohnentwicklung am größten:

Im Produzierenden Gewerbe stiegen die Effektivlöhne seit dem Jahr 2000 um 36 Prozent, im Dienstleistungssektor dagegen um 27 Prozent.

Dieser Vergleich macht einmal mehr deutlich, dass vom vielbe-

Tariflohnentwicklung in Deutschland

Tariflöhne je Stunde



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 19 - Foto: Edith Laue - MEY

schworenen deutschen Lohndumping keine Rede sein kann. Im Gegenteil: Wer erfolgreich auf internationalen Märkten etabliert ist, kann letztlich auch höhere Löhne zahlen.

Eine Ursache für die unterschiedliche Lohndynamik liegt in der Produktivitätsentwicklung der beiden Sektoren. Im Produzierenden Gewerbe ist das Arbeitsergebnis je Stunde seit 2000 um 20 Prozent gestiegen, im Dienstleistungssektor nur um 10 Prozent. Je höher das Produktivitätswachstum aber ausfällt, desto größer ist der Spielraum für Lohnerhöhungen.

Ein weiterer Grund für die unterschiedliche Entwicklung der Verdienste in den beiden Wirtschaftsbereichen dürfte die jeweilige Präsenz der Gewerkschaften sein:

In der Industrie können die Gewerkschaften aufgrund ihrer Mitgliederstärke – in Großbetrieben wie VW werden Organisationsgrade bis

zu 97 Prozent erreicht – Forderungen besser durchsetzen. Zumal die Betriebe durch die dichte Vernetzung anfällig gegenüber arbeitskampfbedingten Produktionsausfällen sind.

Im Dienstleistungssektor sind die Gewerkschaften weniger gut aufgestellt, in den eher kleinen Betrieben meistens gar nicht vertreten. Im Handel oder in der Gastronomie fallen die Gehaltsanpassungen entsprechend mager aus. Allein im Verkehrs- und Nachrichtensektor mit stärkeren Gewerkschaften finden sich ähnlich hohe Lohnsteigerungen wie in der Industrie.

Maßvolle Abschlüsse haben aber ihr Gutes. Die deutsche Lohnpolitik hat in den vergangenen 15 Jahren zusammen mit den Arbeitsmarktreformen zu einem markanten Beschäftigungsaufbau beigetragen. Und dieser hat den privaten Konsum zuletzt belebt und das Wirtschaftswachstum angeschoben.

Die zweite Reihe rückt vor

MIST-Staaten. Korruptionsskandale, Menschenrechtsverletzungen und Drogenkriege bringen so manches Schwellenland in die Schlagzeilen. Dabei sind neben Brasilien, China und Co. einige andere Staaten mittlerweile zu beachtlichen Wirtschaftsgrößen aufgestiegen, die auch ausländischen Investoren ein enormes Wachstumspotenzial bieten.

Jahrelang beeindruckten die BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China mit teils zweistelligen Wachstumsraten. Nun straukeln die Boomländer – die Wettbewerbsfähigkeit brasilianischer Unternehmen ist am Boden, Indien kämpft mit Infrastrukturproblemen, Russland bekommt seine Abhängigkeit von Rohstoffexporten zu spüren und China verbucht zum zweiten Mal in Folge das niedrigste Wirtschaftswachstum seit 1999.

Sicherlich sind die BRIC-Staaten nach wie vor wirtschaftliche Schwergewichte – dennoch lohnt es sich, einen Blick auf die Schwellenländer in der zweiten Reihe zu werfen:

Mexiko, Indonesien, Südkorea und die Türkei, die auch als MIST-Länder bezeichnet werden, gehören inzwischen zu den 20 größten Volkswirtschaften der Welt.

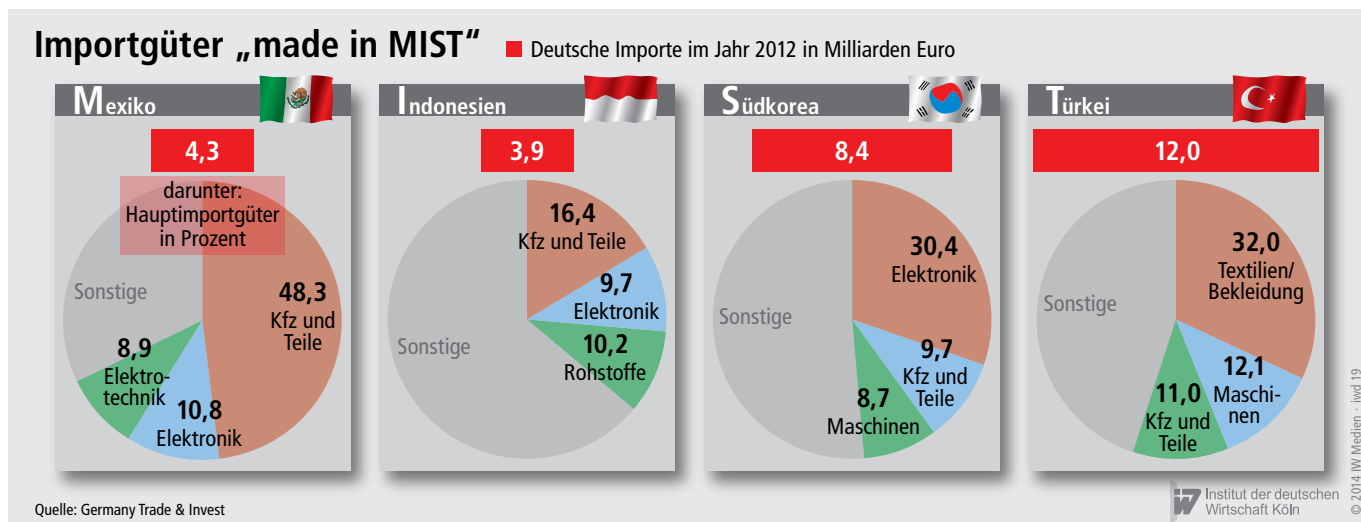
Diese Länder sind für fast 7 Prozent der Weltwirtschaftsleistung verantwortlich. Sie können zwar keine zweistelligen Wachstumsraten vorweisen und haben mitunter auch Demokratiedefizite und andere gravierende Probleme, gleichwohl bieten die MIST-Staaten ein nicht zu unterschätzendes Wachstumspotenzial, an dem längst auch internationale Investoren partizipieren:

- **Mexiko** hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Lieblingsstandort der Automobilkonzerne entwickelt. Der VW-Konzern ist – nach Nissan – der zweitgrößte Autohersteller Mexikos. Die Investoren profitieren von der guten Infrastruktur, dem hohen Ausbildungsniveau und einem dichten Zulieferernetzwerk. Auch die Arbeitskosten sind vergleichsweise niedrig: Etwa 30 Dollar verdient ein Arbeiter in Mexiko in

der Automobilindustrie pro Tag – weniger als sein Kollege in den USA pro Stunde.

Was Mexiko als Produktionsstandort besonders attraktiv macht, sind die konsequente Freihandelspolitik sowie die Nähe zum US-Markt. Mit über 40 Handelspartnern unterhält Mexiko mittlerweile Freihandelsabkommen, darunter mit den USA und der Europäischen Union. Somit eröffnet die Produktion in Mexiko ausländischen Firmen den zollfreien Zugang zum nordamerikanischen Markt. Daher ist es kein Wunder, dass gut drei Viertel der mexikanischen Exporte auf dem US-Markt abgesetzt werden.

Die Zollfreiheit mit der EU hat auch die Exporte nach Europa rasant gesteigert. Deutschland ist innerhalb der Europäischen Union nach Spanien das zweitwichtigste Hauptabnehmerland für Produkte „made in Mexiko“. Knapp die Hälfte der Importe aus dem Land der Mayas und der Azteken entfällt dabei auf Erzeugnisse der Automobilindustrie (Grafik).



• **Südkorea** dagegen ist – anders als Mexiko – längst kein Billiglohnland mehr. Das kaufkraftbereinigte Pro-Kopf-Einkommen liegt derzeit bei 33.189 Dollar und ist damit höher als beispielsweise in Spanien oder Portugal (Grafik). Dabei gehörte der Tigerstaat an der ostasiatischen Küste in den 1960er Jahren zu den ärmsten Ländern der Welt. Dass Südkorea heute eine dynamische Industrienation ist, liegt an der konsequent verfolgten exportorientierten Industrialisierungsstrategie:

Die Exporte machen in Südkorea – ähnlich wie in Deutschland – ungefähr die Hälfte der Wirtschaftsleistung aus.

Dabei entfällt knapp ein Drittel der Ausfuhren auf Elektronikprodukte wie Smartphones.

Südkorea ist eine der wichtigsten Exportdestinationen für die deutsche Wirtschaft im asiatischen Raum. Nur China und Japan sind für deutsche Unternehmen bessere Kunden. Der hohe Industrieanteil in Südkorea begünstigt die Nachfrage nach Produkten der deutschen Maschinenbauindustrie – auf sie entfällt knapp ein Viertel der hiesigen Exporte. Die gute Performance in Südkorea verdanken die deutschen Hersteller nicht zuletzt dem Freihandelsabkommen mit der EU, das 2012 in Kraft getreten ist. Aber auch die deutsche Automobilindustrie trägt mit etwa 20 Prozent zu den Ausfuhren nach Südkorea bei. Zwar ist die Konkurrenz durch südkoreanische Hersteller sehr groß, doch laut dem Verband der Automobilindustrie wachsen deutsche Premiumhersteller in Südkorea schneller als der Markt.

• **In Indonesien** liegt das kaufkraftbereinigte Pro-Kopf-Einkommen gerade mal bei 5.214 Dollar. Den-

noch konnte das Land in den vergangenen Jahren beeindruckende makroökonomische Daten aufweisen. Zwischen 2010 und 2013 wuchs die Wirtschaft in Indonesien im Jahresdurchschnitt um mehr als 6 Prozent. Und auch die Armut ist gesunken: Lebten im Jahr 2006 noch knapp 18 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, waren es zuletzt noch rund 11 Prozent.

Neben den niedrigen Lohnkosten, die die Exporte von personalintensiven Textil- und Bekleidungsprodukten begünstigen, ist Indonesien insbesondere aus zwei Gründen für internationale Investoren attraktiv. Zum einen ist das Insemland reich an Rohstoffen – es ist der weltgrößte Exporteur von Kraftwerkskohle und besitzt große Holzvorkommen. Zum anderen hat sich die indonesische Wirtschaft dank des starken Inlandskonsums (knapp 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) und einer geringen Außenhandelsquote während der Finanz- und Wirtschaftskrise als sehr robust erwiesen.

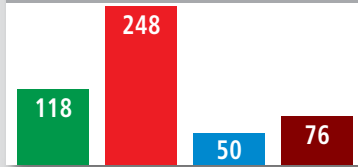
• **Auch in der Türkei**, die sich schnell von der Finanzkrise erholt hat, sind die wirtschaftlichen Verhältnisse solide. Eine junge Bevölkerung sorgt für Konsumlaune – der private Verbrauch macht mehr als 70 Prozent der Wirtschaftsleistung aus. Große Infrastrukturprojekte werden die ohnehin schon günstige geopolitische Lage des Landes am Bosphorus noch weiter aufwerten und die Attraktivität als Produktionsstandort steigern. Für Deutschland ist die Türkei der wichtigste Handelspartner unter den MIST-Ländern: Sie rangiert auf Platz 14 der größten deutschen Kunden und auf Platz 19 unter den Lieferanten. Knapp ein Drittel der deutschen Importe aus der Türkei sind Textilprodukte.

MIST in Zahlen

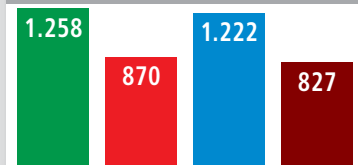
im Jahr 2013



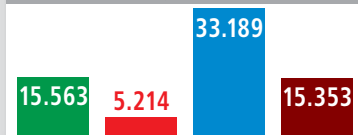
Bevölkerung (Millionen Einwohner)



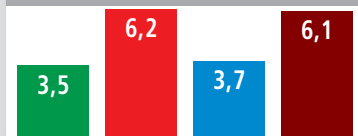
BIP (nominal, Milliarden Dollar)



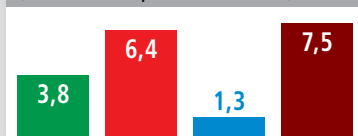
BIP pro Kopf (kaufkraftbereinigt, Dollar)



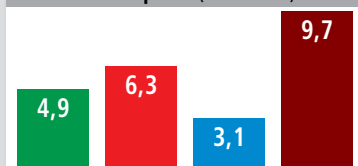
BIP-Wachstum (Durchschnitt 2010–2013, in Prozent)



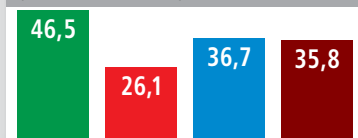
Inflation (Konsumentenpreise, in Prozent)



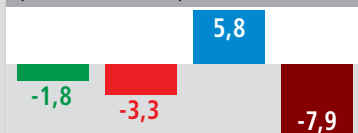
Arbeitslosenquote (in Prozent)



Staatsverschuldung (in Prozent des BIP)



Leistungsbilanzsaldo (in Prozent des BIP)



BIP: Bruttoinlandsprodukt
 Ursprungsdaten:
 Internationaler Währungsfonds

IW Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 19

Finanzspritze aus Frankfurt

Bundesbankgewinn. Wolfgang Schäuble wird's gefreut haben – der von der Bundesbank an den Bundesfinanzminister überwiesene Gewinn fiel 2013 mit 4,6 Milliarden Euro deutlich üppiger aus als in den beiden Jahren zuvor. Damals musste Bundesbankpräsident Jens Weidmann aufgrund der Krise im Euroraum viel Geld zur Risikovorsorge zurücklegen.

Von 2005 bis 2010 hatte die Bundesbank einen Jahresüberschuss von mindestens gut 2 Milliarden Euro, 2008 sogar von mehr als 6 Milliarden Euro erzielt (Grafik). Dass der Bund in den darauffolgenden beiden Jahren deutlich weniger Geld aus Frankfurt bekam, lag an der Strategie, mit der die Europäische Zentralbank (EZB) die Banken- und Staatsschuldenkrise im Euroraum bekämpfte.

Im Zuge des Securities Markets Programme (SMP) kauften die na-

tionalen Zentralbanken des Eurosystems in großem Umfang Staatsanleihen der Krisenländer. Noch im Februar 2013 belief sich beispielsweise der Wert des Bestands an italienischen Staatsanleihen bei den Euro-Notenbanken auf 103 Milliarden Euro, spanische Anleihen standen mit 44 Milliarden Euro und griechische mit 34 Milliarden Euro zu Buche.

Die Bundesbank hat – wie im SMP vereinbart – 24 Prozent der gekauften Staatsanleihen übernommen. Seinerzeit war nicht auszuschließen, dass sie die Papiere später nur mit großen Verlusten verkaufen kann. Die Konsequenz:

Zur Risikovorsorge musste die Bundesbank Rücklagen bilden, die sich etwa im Jahr 2012 auf 5,9 Milliarden Euro summierten.

Dass die Notenbank in Frankfurt trotzdem in den Jahren 2012 wie auch 2011 überhaupt noch einen

Gewinn von mehr als 600 Millionen Euro verbuchen konnten, war den Zinseinnahmen zu verdanken. Denn im Zuge der Finanzkrise stellten die Euro-Zentralbanken den Geschäftsbanken mehr Geld zur Verfügung – und kassierten für diese Forderungen Zinsen gemäß dem EZB-Leitzins. Die Krisenländer mussten für ihre Staatsanleihen wegen des Risikozuschlags sogar noch höhere Zinsen an die Zentralbanken zahlen.


Für die Bundesbank ergaben sich dadurch 2012 Nettozinseinnahmen von fast 8,3 Milliarden Euro.

Im Jahr 2013 gingen die Zinseinkünfte zwar zurück, weil die Europäische Zentralbank den Leitzins auf 0,25 Prozent senkte. Der Jahresüberschuss fiel trotzdem deutlich höher aus als 2012 – denn die Bundesbank musste aufgrund der besseren Lage in den Euro-Krisenländern deutlich weniger Risikovorsorge treffen als in den vorangegangenen Jahren. Diese positive Entwicklung sollte die Bundesbank allerdings nicht dazu bewegen, ihre Risikorücklagen aufzulösen – schließlich ist in den Krisenländern noch längst nicht alles im Lot.

Da zudem die Europäische Zentralbank jüngsten Ankündigungen zufolge den Leitzins voraussichtlich noch lange niedrig halten wird, sollte sich der Bundesfinanzminister vorerst nicht auf einen erneuten Geldsegen aus Frankfurt verlassen. Angesichts der deutschen Staatsschulden von derzeit 81 Prozent des Bruttoinlandsprodukts täte Wolfgang Schäuble gut daran, den hohen Bundesbankgewinn von 2013 zur Schuldentilgung einzusetzen.

Bundesbankgewinn: Mal üppig, mal schmal

in Millionen Euro

	Nettoertrag	Nettozinsertrag	Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorge	Aufwendungen für Personal, Notendruck etc.	Jahresüberschuss
	darunter:				
2004	2.122	3.161	-1.974	1.446	676
2005	4.321	3.833	293	1.461	2.860
2006	5.633	5.436	41	1.428	4.205
2007	5.644	7.502	-1.946	1.359	4.285
2008	7.772	8.429	583	1.512	6.261
2009	5.619	4.156	482	1.472	4.147
2010	3.537	3.570	-1.030	1.331	2.206
2011	1.950	4.770	-3.527	1.307	643
2012	2.100	8.259	-5.891	1.436	664
2013	6.035	5.566	-353	1.444	4.591

Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwd 19

Der Doktor und die liebe Karriere

Karriere. Für Biologen, Physiker und Chemiker ist eine Promotion fast schon Voraussetzung für eine Führungsposition. Dass der berufliche Aufstieg auch ohne Dokortitel gut funktionieren kann, zeigen indes Ingenieure und Informatiker.

Biologie, Chemie oder Physik – Hochschulabsolventen der Naturwissenschaften promovieren deutlich häufiger als andere.

Im Jahr 2011 hatten 35 Prozent der erwerbstätigen Biologen und sogar 40 Prozent der Physiker und Chemiker einen Dokortitel.

Bei den Informatikern und Ingenieuren lag diese Quote gerade einmal bei 4 Prozent.

Das ist auch nicht verwunderlich: Denn ein Dokortitel ist sowohl für Informatiker als auch für Ingenieure nicht unbedingt notwendig, um Karriere zu machen (Grafik). In beiden Fachrichtungen hatte im Jahr 2011 von allen Erwerbstätigen in einer Management-, Leitungs- oder Führungsposition lediglich jeder Zwanzigste promoviert. Unter Biologen, Chemikern oder Physikern war mindestens jede zweite Position auf diesem Level von einem Doktor besetzt.

Naturwissenschaftler arbeiten überdies häufig an Hochschulen oder in Forschungseinrichtungen. Dazu ist eine Promotion Voraussetzung, oft sogar eine Professur. In allen anderen Wirtschaftsbranchen klappt die MINT-Karriere (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) auch sehr gut ohne Titel – das zeigen die in der Industrie tätigen Ingenieure und Informatiker.



Aber: Eine Promotion ist auch in den Naturwissenschaften kein automatischer Türöffner zur steilen Karriere. Zwar ist die Wahrscheinlichkeit für Promovierte höher, eine Führungsposition zu erreichen, als für ihre Kollegen ohne Doktorwürde, die Karrierevorteile sind jedoch statistisch gesehen begrenzt:

Von allen promovierten Chemikern haben 24 Prozent eine Führungsposition, von denen ohne Dokortitel sind es 15 Prozent.

Das Plus einer Promotion in der Chemie liegt also in einer 9 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit, später in eine Führungsposition aufzusteigen.

Wer als Ingenieur bereits einen Dokortitel besitzt, hat im Vergleich noch größere Vorteile:

Von den promovierten Ingenieuren besetzt jeder Dritte eine Management-, Leitungs- oder Führungsposition.

Unter den Ingenieuren mit Diplom-, Master- oder Bachelorabschluss trifft dies auf knapp jeden Siebten zu. Promovierte Ingenieure machen also nicht nur im Vergleich zu Doktoren anderer MINT-Fachrichtungen deutlich häufiger Karriere, auch innerhalb der eigenen Fachrichtung sind ihre Chancen am besten.

Allerdings ist eine Promotion auch für einen Ingenieur keineswegs eine Garantie für einen beruflichen Aufstieg, selbst wenn sie einen deutlichen Karrierevorteil bietet. Denn neben der fachlichen Qualifikation sind weitere Faktoren entscheidend – wie beispielsweise Managementfähigkeiten, Verhandlungsgeschick oder auch Konfliktfähigkeit. Besonders für Ingenieure, die vermehrt international tätig sind, gehören dazu auch Fremdsprachenkenntnisse und Soft Skills wie interkulturelle Kompetenz.

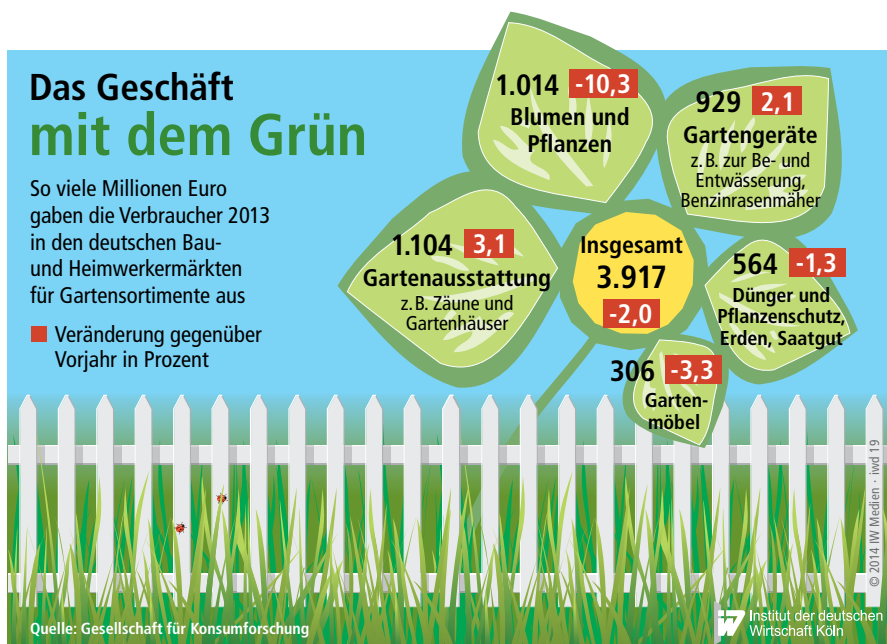
Bäume und Bratwürste

Gartenmarkt. Das milde Wetter beschert den Baumärkten, Gartencentern und Baumschulen steigende Umsätze. Die kann die Branche nach dem verhaltenen Gartenjahr 2013 allerdings auch gut gebrauchen.

Bäume einbuddeln, bräsig in der Sonne liegen. Und zwischendurch den Grill anwerfen, um die eine oder andere Bratwurst zu rösten. All das und noch viel mehr tun die Deutschen mit wachsender Freude in ihren Gärten oder auf Balkonien. Ihr Freizeitvergnügen an der frischen Luft lassen sie sich unter dem Strich eine Menge Geld kosten (Grafik):

Für Gartensortimente gaben die Verbraucher im Jahr 2013 allein in den Bau- und Heimwerkermärkten in Deutschland mehr als 3,9 Milliarden Euro aus.

Dabei war das vergangene Jahr wahrlich kein gutes für alle mit grünem Daumen: Im März fiel noch Schnee, Ende Mai regnete es dann



tagelang so heftig, dass ganze Landstriche unter Wasser standen. Die Wetterkapriolen ließen Gartenbesitzer und Balkonbenutzer dementsprechend zaudern: Sie kauften 2013 deutlich weniger Blumen und Pflanzen als im Jahr zuvor, der Verband Deutscher Gartencenters sprach sogar von einem „der schwierigsten Jahre für die Branche“.

Doch dieses Jahr, in dem an Ostern bereits die Pfingstrosen blühten, wird alles anders: Der Handelsverband Heimwerken, Bauen und Garten verzeichnete in den Baumärkten im Januar fast 10 Prozent mehr Umsatz als im Vorjahresmonat, im Februar waren es sogar annähernd 20 Prozent.

Und weil Begonien, Buchsbäume und Bierbänke nicht nur in Baumärkten verkauft werden, dürfen sich auch Baumschulen, Gartencenters, Gärtnereien, Blumenfach-

geschäfte, Wochenmärkte und Discounter über steigende Umsätze freuen:

Der Industrieverband Garten (IVG) rechnet für den gesamten Markt 2014 mit einem Umsatzplus von 3,5 Prozent, sodass im Laufe des Jahres fast 17,7 Milliarden Euro für die Verschönerung von Balkonen und Gärten in Deutschland investiert werden dürften.

Auf bessere Geschäfte hoffen laut IVG vor allem die Fachgartencenters sowie der Garten- und Landschaftsbau. Auch der Versandhandel, der Direkt- und der Internetvertrieb werden voraussichtlich leicht zulegen. Dabei kaufen Gartenfans allerdings noch höchst selektiv online ein: Dünger, Grills und Gartenmöbel ordern Verbraucher durchaus per Mausklick, bei Pflanzen und Erden sind die meisten Hobbygärtner dagegen skeptisch.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de